



Bundesregierung lässt Hebammen im Regen stehen

Pressemitteilung von Yvonne Ploetz, 04. Mai 2012

„Die Bundesregierung sieht seelenruhig zu, wie ein ganzer Berufsstand nach und nach verschwindet. Sie lässt Hebammen mit existentiellen Überforderungen einfach im Regen stehen“, so Yvonne Ploetz, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des Internationalen Hebammentages am 5. Mai 2012. Ploetz weiter:

„Es sind fast ausschließlich Frauen, die als Hebammen Kinder zur Welt bringen. Eine Lobby haben sie nicht. Und so konnte es geschehen, dass sich ihre Versicherungsbeiträge in den letzten 30 Jahren ver Hundertfacht haben. Auch in diesem Jahr steht wieder eine immense Erhöhung der Beiträge an. Im Juli wird die jährliche Berufshaftpflichtprämie von 3.689 Euro auf 4.242,35 Euro ansteigen. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage der LINKEN. Diese Summe zwingt Hebammen, die Geburtshilfe aufzugeben. Jede Vierte hat das bereits getan.“

Auf eine weitere Nachfrage, welchen Handlungsbedarf die Bundesregierung angesichts

dieser kaum zahlbaren Prämien sieht, antwortete diese, dass sie davon ausgehe das bei den Vergütungsverhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband dieser Anstieg berücksichtigt werde, damit die Hebammen nicht finanziell überfordert werden. Doch das bleibt, wie bereits in der Vergangenheit, wohl nur ein frommer Wunsch.

DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes e. V. nach einer soliden gesetzlichen Grundlage der Hebammenhilfe sowie einer angemessenen Vergütung.“